

 NEUE GRÜNGAS-REGEL

# Merz-Regierung plant grüne Quote für Gasheizungen: Haushalten drohen spürbare Mehrkosten

Merz plant eine Grüngas-Quote für Gas. Damit soll der Wasserstoffhochlauf kommen – doch zahlen müssten vor allem die Haushalte. Was Experten dazu sagen.



Lukas Kuite

18.11.2025

🔄 20.11.2025, 09:28 Uhr



Hochspannungsmasten hinter den Speichern einer Biogasanlage: Wird die Industrie so in Zukunft mit einem Mix aus Erd- und Biogas versorgt?

Bernd Wüstneck/dpa/Symbolbild

**W**as haben Bundeskanzler [Friedrich Merz](#) (CDU) und sein oft kritisierte Vorgänger im Amt des Wirtschaftsministers, [Robert Habeck](#), plötzlich gemeinsam? Statt marktwirtschaftlicher Zurückhaltung setzt jetzt auch Merz zentrale Klimainstrumente der Ampel um: Die geplante Grüngas-Quote etwa ist ein zentraler Baustein der [Bundesregierung](#) geworden.

Überraschend, denn ausgerechnet CDU-Regierungen sprachen sich lange gegen Zwangsquoten und kostentreibende Regulierung aus. Nun wird der grüne Kurs der Ampel an zentralen Stellen fortgeführt – etwa mit der geplanten Grüngas-Quote. Gasversorger sollen ab 2027 steigende Anteile an klimafreundlichem Gas – Biogas, synthetisches Methan, [Wasserstoff](#) (H<sub>2</sub>) – in die Netze einspeisen.

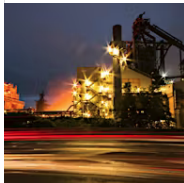
Eine neue Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) und des Wuppertal Instituts (WI), exklusiv für das Handelsblatt und die Klimaschutzorganisation Bellona erstellt, zeigt: Die Grüngas-Quote wäre ein erheblicher Preistreiber. Ein Zweipersonenhaushalt müsste 2030 im Mittel mit 178 Euro Mehrkosten pro Jahr rechnen – ein Plus von neun Prozent auf den heutigen Gaspreis.

Damit tritt die Merz-Energiewende teilweise in die Fußstapfen von Habecks Politik – viel Lenkung, viel Ziel, noch mehr Bürokratie, warnen die Forscher. Doch was bedeutet das für Bürger, Mietende und Unternehmen? Und gibt es Alternativen?



Wirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) schlägt Bundeskanzler Friedrich Merz eine Wasserstoff-Strategie vor, die sich nur geringfügig von der ihres Vorgängers unterscheidet.

Ralf Hirschberger/AFP



**Deutschlands Wasserstoff-Traum platzt – Regierung scheitert an Frankreich-Pipeline**

**Bundesregierung** 30.10.2025



**Netzbetreiber brechen Klima-Versprechen: Jetzt droht Gaskunden teure Rechnung**

**Politik** 14.11.2025



## Grüngas-Quote: Großes Vorbild, viele Widerstände

Offiziell soll die Quote helfen, den Wasserstoffmarkt in Schwung zu bringen und fossiles Erdgas in Infrastruktur und Industrie zu ersetzen. Vorbild ist die Treibhausgas-Minderungsquote für Kraftstoffe, die seit Jahren den Anteil an Biokraftstoffen erhöht. Laut

Handelsblatt ist es eine der zentralen Maßnahmen, durch die die Regierung auf die verfehlten Ziele im Heizen und in der Industrie reagiert.

Für große Gasverbraucher der Industrie wäre der Effekt enorm: Ein energieintensiver Betrieb in der Grundstoffchemie hätte der IW-Studie zufolge einen 28-prozentigen Gaspreisanstieg zu schultern. Die Studienautoren beurteilen die Quote als „Kostentreiber mit unklarer Wirkung“. Das Instrument sei ineffizient, sozial heikel und könne Fehlanreize setzen, gerade für einkommensschwächere Haushalte.

Der Verband der Chemischen Industrie (VCI) zeigt sich auf Anfrage der Berliner Zeitung kritisch. Matthias Belitz, Experte für Nachhaltigkeit, Energie und Klimaschutz beim VCI, betont, dass man die formulierten Sorgen in der Studie zur Grüngas-Quote teile: „Das Instrument wirft mehr Fragen auf, als es löst. Es wird vor allem für energie- und dampfintensive Prozesse wirtschaftlich problematisch. Die Transformation gelingt nur mit wettbewerbsfähigen Kosten und pragmatischer Technologieauswahl“ – und unter den aktuellen Kosten für Strom und Wasserstoff ist das „schlicht nicht“ gegeben.

Belitz fordert einen „pragmatischen und technologieoffenen Wasserstoffhochlauf“ mit klarer Rolle für CO<sub>2</sub>-armen Wasserstoff, nicht nur grünen. Solange günstiger und ausreichend H<sub>2</sub> fehle, brauche es zusätzliche, flexiblere Lösungen. Die Grüngas-Quote, so Belitz, sei „eher Hemmschuh als Beschleuniger“.



### **B+** Millionenprojekt in der Lausitz: Wer zahlt für Europas größte Batterie?

In der Lausitz entsteht Europas größte Batterie – doch Experten warnen: Die Reichweite ist begrenzt, und am Ende könnten die Kosten bei den Verbrauchern landen.

Von Lukas Kuite

**Ostdeutschland** 12.11.2025



### **Wie stellt sich die Berliner Industrie auf? Berlin Chemie AG plant nicht mit Wasserstoff**

Die Nachfrage bei der Berliner Pharmaindustrie ergibt eine differenziertere Sicht. Die Berlin-Chemie AG, ein Mitglied der italienischen Menarini-Gruppe, erklärt auf Anfrage der Berliner Zeitung, dass sie weniger energieintensiv sei als klassische Chemiebetriebe. „Derzeit planen wir keine Nutzung von Wasserstoff. Sollte er künftig in ausreichenden Mengen zuverlässig verfügbar sein, würden wir sein Potenzial neu bewerten.“ Stattdessen setzt das Unternehmen nach eigenen Angaben auf Fernwärme und Elektrifizierung.





Anfang 2024 sollte letztmals Kohle in der Großstadt Chemnitz verbrannt werden. Seitdem sorgen die umweltfreundlicheren Motoren für Wärme und Strom. Sie können Erdgas, Biogas, synthetisches Gas und bis zu 20 Prozent Wasserstoff im Gasgemisch verbrennen.

imago

Das Grundproblem bleibt: Wasserstoff ist als reiner Stoff zu teuer und als Lösung bisher oft nur Wunschdenken. Gabor Beyer, Chef des Wasserstoff-Projektierers Ryze Power, spricht aus, was viele nur denken. „Wasserstoff ist sicherlich teurer als Gas. Erdgas kostet grob einen Euro pro Kilo, grüner Wasserstoff aus dem Elektrolyseur sieben bis acht Euro – das lässt die Kosten für Industrie und Endverbraucher steigen.“ Nur grauer, aus fossilem Strom hergestellter Wasserstoff sei preisgleich mit Erdgas. „70 Prozent der H<sub>2</sub>-Kosten sind Stromkosten.“

Beyer sieht in der Beimischung von Bio-Methan zu Wasserstoff und Erdgas einen möglichen Zwischenschritt, warnt aber vor illusorischen Erwartungen: „Die Gesellschaft will Emissionsreduktion? Dann muss sie auch bereit sein, dafür zu bezahlen.“ Bei Heizungen, Wärme, Dampf brauche es Lösungen für Bestand und Technikoffenheit – alles andere sei „Ideologie“. Das größte Gasnetz Europas ganz stillzulegen und nur noch mit Wärmepumpen und Stromspeichern zu agieren, sei hingegen „völliger Unfug“. Wir müssen die bestehende Gasinfrastruktur weiter nutzen, so Beyer.



### **„Zu teuer“ – Norwegen stoppt Energieexportplan nach Deutschland**

Die Bundesregierung braucht Wasserstoff, um die Industrie klimafreundlicher zu machen. Dafür wird sie auf Importe angewiesen sein. Das sorgt für Enttäuschung im BMWK.

Von Lukas Kuite

**Bundesregierung** 05.11.2024



## **Ist Deutschlands Wasserstoff-Strategie realistisch?**

Die große Hürde bleibt der Realitätscheck der Wasserstoff-Strategie. Laut aktuellen Untersuchungen kommt der Aufbau der nötigen Infrastruktur – insbesondere des „Kernnetzes“ – nur schleppend voran. Die viel beschworene H2Med-Pipeline, einst als

Flaggschiff zwischen Spanien, Frankreich und Deutschland gefeiert, steckt im politischen Streit fest. Der Bundesrechnungshof wirft der Regierung massive finanzielle Risiken und fehlenden Realitätssinn vor. Die eigenen Ziele bei Erzeugung und Import bis 2030 werden klar verfehlt.

Der Einsatz von grünem Wasserstoff ist derzeit so teuer und eng, dass viele Unternehmen und Verbraucher mit Biogas, Methan oder Hybridlösungen planen. Große Gasmengen werden auf Sicht nicht ersetzt werden – und der Wasserstoff, der ankommt, bleibt teuer und knapp. Wer klimafreundlich heizen und produzieren will, wird mehr zahlen – Alternativen braucht es trotzdem. Die Grüngas-Quote ist Verbrauchern und Industrie nur schwer vermittelbar.



Auf dem Gelände des ostdeutschen Energieunternehmens Enertrag steht ein Elektrolyseur, mit dem Wasserstoff hergestellt wird.

Christophe Gateau/dpa

Dabei habe die EU bereits gezielte Entlastungspakete auf den Weg gebracht, um die Kosten für den Wasserstoffhochlauf abzufedern. Mit den Angelegenheiten im Wirtschaftsministerium (BMWE) vertraute Personen sagten der Berliner Zeitung, dass die Grüngas-Quote die eigentlichen Finanzierungshürden von Wasserstoff gar nicht adressiere. Sie würde nicht gezielt in der energieintensiven Industrie wirken, sondern unnötig flächendeckend bei allen Verbrauchern. Vielversprechender für energieintensive Unternehmen sei die in Arbeit befindliche Verkehrsquote für erneuerbare Kraftstoffe nicht-biologischen Ursprungs (RFNBO) auf EU-Ebene. Dadurch würden für Raffinerien mehr Anreize für Wasserstoff entstehen.

Als denkbar sehen Experten zudem an, durch die bereits bestehenden Klimaschutzverträge Beschaffung und Vergabe von Wasserstoff-Projekten in der Stahlindustrie zu ermöglichen. In Kombination mit der Gas-Kraftwerksstrategie, die unter Habeck geplant und nun unter Katherina Reiche (CDU) umgesetzt wird, sehen Experten einen langfristig gangbaren Weg für die Abhilfe bei den Kosten für den Wasserstoffhochlauf.

Die Grüngas-Quote könnte hingegen Symbolpolitik werden: ökologisch erwünscht,

wirtschaftlich fraglich. Preisaufschläge von fast zehn Prozent für Verbraucher und beinahe 30 Prozent für Industriekunden sind für die einen zumutbar, für andere kaum verkraftbar. Ohne gezielte Kompensationsmaßnahmen drohen sehr wahrscheinlich soziale Risiken und industrielle Ausdünnung.

*Haben Sie Feedback? Schreiben Sie uns gern! [briefe@berliner-zeitung.de](mailto:briefe@berliner-zeitung.de)*

Dieser Artikel wurde auf [berliner-zeitung.de](https://berliner-zeitung.de) veröffentlicht.